

**Pressemitteilung vom 18.03.2015****SPD setzt Entlastungspaket für Kommunen durch****Raabe sieht jetzt die Landesregierung in der Pflicht**

Der Bund wird die Kommunen finanziell entlasten. Das hat das Bundeskabinett am Mittwoch entschieden. Zusätzlich zu den bereits angekündigten 10 Mrd. Euro für Investitionen in Deutschland kommen nun noch einmal 5 Mrd. Euro speziell für Kommunen hinzu. Zusammen genommen mit diversen anderen Maßnahmen, etwa durch die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, entlastet die Bundesregierung die Kommunen damit bis 2018 um mehr als 25 Mrd. Euro. „Das ist auch dringend erforderlich“, erklärt der Bundestagsabgeordnete Dr. Sascha Raabe. „Der heutige Beschluss des Bundeskabinetts ist ein guter Tag für die Städte und Gemeinden auch hier bei uns im Main-Kinzig-Kreis“, so Raabe.

Die SPD-Bundestagsfraktion habe erreicht, dass ein massives Entlastungs- und Investitionspaket insbesondere für finanzschwache Kommunen auf den Weg gebracht werde. Raabe: „Nur so kann dem Verschleiß von Infrastruktur und dem Sanierungsstau endlich begegnet werden.“ Durch die zusätzliche Entlastung würden weitere Spielräume für kommunale Investitionen geschaffen. Mehr Investitionen wiederum kämen auch der Bauwirtschaft und dem Handwerk zu Gute, zeigt sich Raabe zufrieden.

Das 5-Mrd-Paket schlüsselt sich folgendermaßen auf: Um 1,5 Mrd. Euro wird die bereits für 2017 beschlossene Entlastung aufgestockt. Die restlichen 3,5 Mrd. werden noch 2015 für das Sondervermögen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ bereitgestellt. Die Förderung ist für Investitionen mit den Schwerpunkten Infrastruktur, energetische Sanierung, Bildungsinfrastruktur und Klimaschutz möglich. Die 3,5 Mrd. Euro werden auf Basis eines Schlüssels auf die Länder verteilt. Hessen profitiert davon mit 9,1 Prozent, also rund 318,5 Mio. Euro. Die Länder legen selbst fest, welche Kommunen sie als finanzschwach definieren. Raabe sieht deshalb jetzt besonders die hessische Landesregierung in der Pflicht: „Ich fordere die Landesregierung auf, hier nicht wie bisher den Kommunen Geld wegzunehmen und vorzuenthalten, sondern die Bundesmittel vollständig an die Städte und Gemeinden weiterzugeben, denn klar ist: Vielen Kommunen bei uns im Main-Kinzig-Kreis steht das Wasser bis zum Hals.“

**Dr. Sascha Raabe**
MdB

Bürgermeister a.D.

Kontakt:**Deutscher Bundestag**

Platz der Republik

11011 Berlin

Tel: (030) 227 - 73334

Fax: (030) 227 - 76376

Email: sascha.raabe@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Am Freiheitsplatz 6

63450 Hanau

Tel: (06181) 24098

Fax: (06181) 259756

Meldung vom 17.03.2015

Entwicklungsetat steigt deutlich

Raabe: „Wachrütteln hat sich gelohnt“

Es war ein ungewöhnlicher und drastischer Schritt, als der Entwicklungsexperte der SPD-Bundestagsfraktion Dr. Sascha Raabe im Januar letzten Jahres sein Sprecheramt, das er seit 2005 ausgeübt hatte, zur Verfügung stellte. Raabe hatte mit dem Rückzug damals gegen die im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD vereinbarten und seiner Ansicht nach zu geringen Erhöhungen der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit protestiert und dafür großen Zuspruch von Entwicklungsorganisationen erfahren. Er wollte wachrütteln – und ist nunmehr offenbar erhört worden. Wie jetzt bekannt wurde, sehen die Planungen für den Bundeshaushalt ab 2016 deutliche Steigerungen im Entwicklungsetat vor. Raabe: „Ich begrüße es sehr, dass die Mittel im Kampf gegen Hunger und Armut vom kommenden Jahr an deutlich angehoben werden sollen. Ich freue mich, wenn ich hier zu einem Umdenken beitragen konnte. Das ist ein guter Tag für alle, die sich seit Jahren für mehr Mittel für die ärmsten Menschen auf dieser Welt engagieren.“

Nach Informationen des Bundesfinanzministeriums ist für das kommende Jahr ein Plus der gesamten deutschen öffentlichen Bundesmittel für Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, kurz ODA) in Höhe von 1,162 Mrd. Euro angesetzt. Ein Großteil davon – etwa zwei Drittel – sollen dem Bundesentwicklungsministerium zu Verfügung stehen, der Rest verteilt sich auf entwicklungswirksame Maßnahmen anderer Ressorts. So sieht es

die Vorlage des Finanzministers vor, die an diesem Mittwoch vom Kabinett beschlossen werden soll. In der ursprünglichen Finanzplanung war für 2016 nur rund ein Zehntel dieses Aufwuchses vorgesehen. Für Raabe sind die neuen Zahlen ein wichtiges Signal, dass die Bundesregierung im Entwicklungslungs- und G7-Präsidentschaftsjahr 2015 gewillt ist, die Weichen doch noch in die richtige Richtung zu stellen. Denn eigentlich hatte sich Deutschland verpflichtet bereits in diesem Jahr seinen Anteil für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu steigern, aber nur 0,38 Prozent erreicht. „In den nächsten Jahren sind weitere Steigerungen geplant, so dass wir uns langfristig dem 0,7-Prozent-Ziel nähern. Jetzt kann ich erstmals in dieser Legislaturperiode dem Haushalt im Parlament zustimmen“, freut sich Raabe. „Großbritannien hat das 0,7-Ziel bereits vor zwei Jahren erreicht und auch wir müssen unserer Verantwortung in der Welt endlich gerecht werden. Denn wir wollen und können nicht akzeptieren, dass noch immer rund eine Milliarde Menschen auf der Erde an extremer Armut und Hunger leiden. Die Mittelsteigerungen sind ein wichtiger Schritt auf dem Weg in eine Welt ohne Hunger und Armut.“



Dr. Sascha Raabe
MdB
Bürgermeister a.D.

Kontakt:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik
11011 Berlin
Tel: (030) 227 - 73334

Wahlkreisbüro
Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau
Tel: (06181) 24098
Fax: (06181) 259756



Meldung vom 13.03.2015

Abgeordnete appellieren an VAC– bis zuletzt!

„Unsere Solidarität gilt der Belegschaft“

Mit einem eindringlichen Appell gegen den geplanten Stellenabbau am Standort Hanau haben sich die Bundestagsabgeordneten Dr. Sascha Raabe und Bettina Müller sowie die Landtagsabgeordneten Christoph Degen und Heinz Lotz (alle SPD) an die Geschäftsführung der Vacuumschmelze (VAC) gewandt. In dem gemeinsamen Schreiben fordern sie, die Pläne, wonach in den kommenden Jahren ca. 340 Stellen in Hanau wegfallen sollen, zu überdenken und die Arbeitsplätze zu erhalten.

Die VAC hatte die Abgeordneten unlängst über ihre Entscheidung informiert. Die wollen das nicht einfach hinnehmen und erklären in ihrem Brief: „Unsere Solidarität gilt der Belegschaft, die in den letzten Jahren bereits einiges auf sich nehmen musste.“ Insbesondere vor dem Hintergrund der besonderen Geschichte der VAC in Hanau, in der es in der jüngeren Vergangenheit durch Eigentümerwechsel immer wieder zu großen

Verunsicherungen und Belastungen für die Belegschaft gekommen ist, halten die vier sozialdemokratischen Abgeordneten aus der Region die aktuellen Pläne der Geschäftsführung für eine unzumutbare Härte gegenüber den Mitarbeitern.

„Was uns besonders ärgert ist die Tatsache, dass hier mit der VAC ein eigentlich gesundes Unternehmen von Investoren so lange hin und her geschoben wurde, sich jeder neue Eigentümer auf Kosten der Arbeitnehmer bedient hat, bis nun aus vermeintlichen Wettbewerbsgründen Neustrukturierungen wieder einmal auf dem Rücken der Belegschaft ausgetragen werden sollen“, erklärt der Hanauer Bundestagsabgeordnete Dr. Sascha Raabe. Am Ende, so Raabe, seien es immer die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die die Zeche zahlen sollten. Das sei nicht akzeptabel.



Dr. Sascha Raabe
MdB

Bürgermeister a.D.

Meldung vom 11.03.2015

Ein Urgestein, wie es kaum ein zweites gibt“

65 Jahre in der SPD: Dr. Raabe und Bürgermeister-Trio ehrt Kurt Franz



Raabe bezeichnete Franz als „großartigen Unterstützer“, der schon in seinem ersten Bundestagswahlkampf anno 2002 „lieb und herzlich“ an seiner Seite gestanden habe. „Die SPD lebt von der gemeinsamen politischen Verbundenheit, aber richtig schön ist es erst, wenn man Genossen wie

dich hat, die mit Herz und Leidenschaft dabei sind“, lobte der Bundestagsabgeordnete. In der Familie Franz hat die Zugehörigkeit zur SPD Tradition. Sein Vater war 60, seine Mutter 65 Jahre Mitglied. Der gebürtige Frankfurter bastelte Wahlkampfstände, klebte unzählige Plakate, war Kassenwart der SPD Schöneck und Gemeindevertreter sowie in der AWO an vorderster Front aktiv. Aus gesundheitlichen Gründen ist Franz in den vergangenen Jahren kürzer getreten. Eine große Jubilarenehrung soll im Rahmen der Jahreshauptversammlung folgen.

Kontakt:

Deutscher Bundestag

Platz der Republik

11011 Berlin

Tel: (030) 227 - 73334

Wahlkreisbüro

Am Freiheitsplatz 6

63450 Hanau

Tel: (06181) 24098

Fax: (06181) 259756



Meldung vom 10.03.2015

TTIP- Veranstaltung der SPD Hessen-Süd



Großes Interesse bei der TTIP-Veranstaltung der SPD-Hessen-Süd. Gemeinsam mit Dr. Andrä Gärber von der Friedrich-Ebert-Stiftung und meiner Kollegin Ulli Nissen als Moderatorin habe ich als Referent im SPD-Partei-haus in Frankfurt bei einhelliger Zustimmung des Publikums klar gemacht, dass die derzeitigen Entwürfe der geplanten Handelsabkommen mit Kanada (CETA) und den USA (TTIP) insbesondere bei den Themen Investitionsschutz und Arbeitnehmerrechte aus sozialdemokratischer Sicht nicht zustimmungsfähig sind.



Dr. Sascha Raabe
MdB
Bürgermeister a.D.

Kontakt:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik
11011 Berlin
Tel: (030) 227 - 73334

Wahlkreisbüro
Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau
Tel: (06181) 24098
Fax: (06181) 259756

